

Antrag der Basisorganisation Reuterkiez an die Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln am 19. November 2016

Die Mitgliederversammlung von DIE LINKE Neukölln beauftragt den Bezirksvorstand und die Parteivorstandsmitglieder des Bezirksverbandes, folgenden Antrag beim Parteivorstand zu stellen:

DIE LINKE unterstützt die verschiedenen Bündnisse aktiv bei deren Kampagne zum sofortigen Stopp der Geheimverhandlungen zum internationalen Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (Trade in Service Agreement, TiSA) zwischen der EU, den USA und 21 weiteren Staaten. DIE LINKE unterstützt die Bündnisse bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Hintergründe von TiSA und hilft dabei die Debatte in die Öffentlichkeit zu bringen, indem sie der Partei und Öffentlichkeit Materialien zur Verfügung stellt, Aktionen und Demonstrationen gegen TiSA unterstützt und selber organisiert und TiSA im Parlament, auf Pressekonferenzen und Veranstaltungen thematisiert.

- TiSA beinhaltet die gleichen umstrittenen Regelungen wie TTiP und CETA.
- Das Abkommen wäre eine extreme Aushöhlung unserer Demokratie, eine weitere Vergrößerung der Macht internationaler Konzerne und eine allumfassende Enteignung der Allgemeinheit zum Nutzen der Konzerne.
- Unsere öffentliche Daseinsvorsorge darf durch Privatisierung und zum alleinigen Vorteil für internationale Konzerne nicht den Profitinteressen geopfert werden.
- Gezielte strukturelle Förderungen von Kommunen und Gemeinden wären nicht mehr möglich.
- Umwelt- und Verbraucherschutz- sowie Sozialstandards könnten abgeschafft werden
- Einmal vollzogene Privatisierungen sollen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die Möglichkeit der Rekommunalisierung wird mit der "Sperrklausel" für immer ausgeschlossen. Dies gilt für alle Bereiche und Leistungen sofern sie vorher nicht explizit als Ausnahme deklariert wurden.
- Des Weiteren wird mit Inkrafttreten des Abkommens die „Stillstandsklausel“ gelten, das heißt, dass auch die erst in Zukunft privatisierten Dienstleistungen automatisch Vertragsbestandteil des Abkommens wären und nicht wieder in die öffentlich Hand zurückgeführt werden dürften.

Begründung:

Das Freihandelsabkommen TiSA beinhaltet die gleichen umstrittenen Regelungen wie TTiP und CETA. Bisher findet TiSA aber in unserer Partei und in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung. Dabei sollen mit TiSA möglichst alle Dienstleistungen und Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie die Trinkwasserversorgung, Abfallentsorgung, Gesundheit, Bildung etc. liberalisiert und damit die Interessen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unter das Diktat der Konzerne und Banken gepresst werden.